



HESSISCHER LANDTAG

16. 06. 2009

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend erneute Proteste von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden verdeutlichen die Notwendigkeit eines Kurswechsels in der Bildungspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag sieht die im Rahmen des "Bildungsstreiks 2009" formulierten Forderungen und Inhalte als Ausdruck der Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen an den Schulen und Hochschulen in unserem Land.
2. Der "Bildungsstreik 2009" reiht sich somit in eine Reihe vieler weiterer Proteste und Unmutsbekundungen von Studierenden, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern in den letzten Monaten und Jahren ein.
3. Mit dieser anhaltenden Kritik verleihen Bürgerinnen und Bürger ihrem Wunsch nach einer anderen Bildungspolitik Ausdruck.
4. Der Landtag hält insbesondere in Hessen eine Kurskorrektur für dringend erforderlich. Die Schulpolitik der letzten zehn Jahre hat Hessen in eine Sackgasse geführt. In allen nationalen wie internationalen Vergleichsstudien landet das hessische Bildungssystem bestenfalls im Mittelfeld, oft im unteren Drittel. An den Hochschulen gibt es nicht genügend Studienplätze und die Lern-, Lehr- und Forschungsbedingungen müssen dringend verbessert werden.
5. Der Landtag bedauert, dass mit der Regierungsbildung nach der Landtagswahl kein Kurswechsel in der Bildungspolitik eingeleitet wurde und stattdessen von der Landesregierung auf ein "Weiter-so" der alten, gescheiterten Politik gesetzt wird.
6. Der Landtag spricht sich für einen neuen Aufbruch für Hessens Schulen und Hochschulen aus. Dazu gehören vor allem
 - eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen von der Kinderkrippe über die Schule bis zur Hochschule,
 - die Stärkung der frühkindlichen Bildung durch Schaffung der zur Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans notwendigen Rahmenbedingungen,
 - die schrittweise Einführung der flexiblen Eingangsstufe an den Grundschulen,
 - die deutliche Ausweitung von Ganztagsangeboten auch in offener und gebundener Form, um mehr Zeit zum Lernen und für individuelle Förderung zu haben,
 - die Ausweitung des längeren gemeinsamen Lernens,
 - den Ausbau des gemeinsamen Unterrichts (GU) von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf mit dem Ziel, den GU von der Ausnahme zur Regel zu machen,

- die Stärkung und Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung,
- der Ausbau des Fort- und Weiterbildungsangebotes und die Erleichterung der Nutzung in einem aufeinander abgestimmten System lebensbegleitenden Lernens,
- die Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen und die gerechte Teilhabe an Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern,
- die Stärkung der Autonomie der Hochschulen bei gleichzeitiger Ausweitung der innerhochschulischen Demokratie,
- ein Nein zu Studiengebühren,
- die Reform der Bologna-Reform, um tatsächlich einen europäischen Hochschulraum zu schaffen und eine Verbesserung der Studienmöglichkeiten und nicht eine Verschlechterung zu erreichen.

Wiesbaden, 16. Juni 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir